

*Einzelpreis € 12,90; Ausland € 14,90 (exkl. Zustellung)*

*Abonnement (4 Hefte) € 39,90; Ausland € 46,90 (exkl. Zustellung), Übersee € 74,90*

Internationale Zeitschrift für

# Sozialpsychologie

und

# Gruppendynamik

in Wirtschaft und Gesellschaft

---

Brief des Herausgebers 2

Wolfgang G. WEBER  
**Ansätze der Wirtschafts- und Betriebsdemokratie in Österreich** 3

Rainer WINTER  
**Macht, Körper und Reflexivität. Perspektiven und Kontexte der Kritischen Hermeneutik** 20

John N.  
**Ein Brief vom „Anderen Amerika“** 40

## Personalia

Sünje LORENZEN – Zur Professorin für Wirtschaftspsychologie berufen,  
Nachruf für Peter ANDEL (11. 10. 1947 – 30. 8. 2022), In memoriam Ruth  
C. COHN (1912–2010) zum 110. Geburtstag, und Peter BRÜCKNER  
(1922 – 1982) zum 100. Geburtstag 41

**Buchbesprechungen** 45

---

IMPRESSUM: **Eigentümer:** Psychologische Gesellschaft für Persönlichkeits- und Organisationsentwicklung, A-1120 Wien, Fraungruberg, 4/5/13, **Herausgeber:** Prof. Dr. Dr. h. c. Rudolf O. ZUCHA, A-1120 Wien, Fraungrubergasse 4/5/13, Tel.0699/19140514; E-Mail: rudolf.zucha@blackbox.at Chefredaktion: Prof. Dr. Dr. h.c. Rudolf O. ZUCHA, Redaktion: Mag. Cornelia BEJACH-ZUCHA, Monsignor Dr. Dr. Werner REISS, Prof. Dr. Dr. h. c. Rudolf O. ZUCHA. **Mitglieder des Redaktionsbeirates:** Prof. Dr. Igor CARUSO (gest.1981, Salzburg), Prof. Dr. Achim ESCHBACH (gest.2021 Essen), Prof. Dr. Petia GENKOVA (Osnabrück), Prof. Dr. Michael HOFMANN (gest. 2017, Wien), Prof. Dr. Wilhelm KEMPF (Konstanz, D), Prof. Dr. Erich KIRCHLER (Wien), Prof. Dr. Robert KRAMER (Washington, DC), Prof. Dr. David J. KRUS, PhD. (gest. 2012, Phoenix, Arizona, USA), Prof. Dr. Frederick MAYER (gest. 2006, Wien), Prof. Dr. Gertraude MIKL-HORKE (Wien), Prof. Elias H. PORTER, PhD. (gest.1987, Pacific Palisades, California, USA), Prof. Ing. Lenka PRAZSKA, CSc. (Praha, CR), Prof. Dr. Dr. Dr. h. c. Josef RATTNER (Berlin, D), Prof. Dr. Dr. Rudolf Martin RIZMAN (Ljubljana, SLO), Prof. Dr. Helmut SEEL (Graz), Prof. Dr. Walter SCHÖLER (gest.1994, Klagenfurt), Prof. Dr. Reinhard TAUSCH (gest. 2011, Hamburg, D), Prof. Dr. Eberhard ULICH (Zürich, CH), Prof. Dr. Wolfgang WEBER (Innsbruck, A), Prof. Ing. Dana ZADRAZILOVA, CSc. (Praha, CZ), Ehrenmitglied: Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marie JAHODA. (gest. 2000, Sussex, UK). **Grundlegende Richtung:** Im Dienste der freien Persönlichkeits- und Organisationsentwicklung mit sozialer Verantwortung. **Bankverbindung:** BAWAG, BIC. OPSKATWW, IBAN.AT82600000007228861. **Druck:** FIBOX, s.r.o., Janouskova 20, Trebic, CZ, **Preis: Einzelpreis € 12,90, Ausland € 14,90 (exkl. Zustellung) Abonnement € 39,90, Ausland € 46,90, öffentliche Bibliotheken € 77,90 bzw. 93,90 (alle inkl. Zustellung).** Abonniert werden kann nur ein ganzer Band (= 4 Hefte). Das Abonnement verlängert sich jeweils, falls es nicht spätestens vor Eintreffen der letzten Lieferung des berechneten Bandes abbestellt wird. Alle Rechte, auch der Übersetzung, sind vorbehalten.

**Gefördert vom Kulturrat der Stadt Wien - Wissenschaft- und Forschung**

**P. b. b. Erscheinungsort Wien, ZL Nr. 01Z023866 K, 47. Jahrgang, 2. Heft 2022 (Heft Nr. 145)**

## Brief des Herausgebers



**„Wer sich nicht mit Politik befaßt,  
hat die politische Parteinahme,  
die er sich sparen möchte,  
bereits vollzogen:  
er dient der herrschenden Partei“.**  
(Max Frisch, Tagebücher 1946-1949)

Wolfgang G. Weber (Univ. Innsbruck) setzt sich mit der Humanisierung am Arbeitsplatz auseinander. Ein Forschungsthema, das im Zuge der 68-er Bewegung auch in Österreich eine große Rolle gespielt hat (verbunden mit den Namen Peter Ulrich Lehner, Erich Weissel, Bundesminister Alfred Dallinger u.a.), aber bis heute in zahlreichen, namhaften kleineren Unternehmungen praktiziert wird. *„Betriebliche Selbstverwaltung hat im innerbetrieblichen Rahmen eine tendenzielle Aufhebung der Entfremdung der Arbeit zur Folge.“*

Der Beitrag von Rainer Winter diskutiert die Entwicklung und Bedeutung des Ansatzes der Kritischen Hermeneutik. Die Habitustheorie von Pierre Bourdieu und die tiefenhermeneutische Kulturanalyse von Alfred Lorenzer werden herangezogen, um zu zeigen, wie sich das Erkenntnisinteresse dieses Ansatzes vertiefen und erweitern lässt. Vor allem die Rolle prädiskursiver Erfahrungen wird thematisiert.

Ein Brief vom „Anderen Amerika“ steht dem dominanten Mainstream in den USA, der NATO und den EU Staaten entgegen. Es ist einer, der überwiegend positiven Reaktionen unserer Leserinnen und Leser auf den Beitrag im letzten Heft (Jg. 47, 2022 02) zum Thema *„Massenpsychologische Aspekte der Psychologischen Kriegsführung“*. Die Beiträge sollen einem Waffenstillstand und Frieden in der Ukraine dienen.

Die vorgelegten aktuellen und originären Beiträge mögen Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, eine interessante und angenehme Lektüre bieten.

Ihr Rudolf O. Zucha

Wolfgang G. WEBER

## Ansätze der Wirtschafts- und Betriebsdemokratie in Österreich

### 1. Einleitung

*„Demokratie muss auch Demokratie in der Wirtschaft sein. ... Betriebliche Selbstverwaltung hat im innerbetrieblichen Rahmen eine tendenzielle Aufhebung der Entfremdung der Arbeit zur Folge. In dieser Richtung ist Selbstverwaltung prinzipiell zu fördern, ist es doch ein erklärtes Ziel der österreichischen Bundesregierung, durch Entwicklung neuer Formen der Arbeitsorganisation den arbeitenden Menschen ein hohes Maß an Selbstbestimmung zu ermöglichen.“*

Soweit die programmatische Erklärung eines Repräsentanten der österreichischen Bundesregierung zur Einführung der betrieblichen Demokratie in die österreichische Wirtschaft. Nein, diese Erklärung stammt *nicht* von der *heutigen* konservativ-grünen Bundesregierung, sondern vom damaligen Bundesminister für Soziales und Arbeit, Alfred Dallinger (1983, S. 7).

Während der großangelegten Finanzskandale seit Beginn des Millenniums traten in Europa, darunter auch in Österreich, immer deutlicher groß angelegte Verflechtungen zwischen bestimmten Großunternehmern, ihren Lobbyisten<sup>1</sup>, Wirtschafts- und Finanzberatern und führenden Politikern bestimmter Provenienz samt ihren Stabsmitgliedern zutage. Es handelt sich um juristische Auseinandersetzungen um bezugte sowie mutmaßliche Verfehlungen im Zusammenhang etwa mit illegaler finanzieller Vorteilsnahme oder Einflussnahme im Amt, großangelegte Intrigen zum Schaden politischer Konkurrenten, die Instrumentalisierung von Medien und Meinungsforschung für Ziele (nur noch bedingt verdeckter) politisch-wirtschaftlicher Machtkartelle. Geboten wurde auch eine verschwörungs-ideologisch unterlegte Aufhetzung von wirtschaftlich schwächeren bzw. wirtschaftliche Verschlechterungen befürchtenden Bevölkerungsteilen gegen verzerrend stereotypisierte Minderheiten (z. B. sogenannte "Wirtschafts-asylanten") oder humanistische Kritiker der Skandale ("Gutmenschen", "Antifaschisten",

---

<sup>1</sup> Aus sprachlichen Vereinfachungsgründen wurde in diesem Beitrag das Maskulinum gewählt – Frauen und andere Geschlechter sind jedoch stets mitgemeint (sofern nicht anders angegeben)!

"Ökoterroren" oder "Lügenpresse"). Die Ereignisse leisten mindestens zweierlei: Neben politisch-soziologisch und sozial-psychologisch interessanten Einblicken in ein "Sittenbild" (so Bundespräsident van der Bellen), das einer demokratisch-republikanischen Kultur nicht gerade zum Vorbild gereicht, stellt sich wieder einmal die *Frage*, inwieweit politisch-wirtschaftliche Machtzusammenballungen das Funktionieren rechtstaatlicher und demokratischer Institutionen, Prinzipien und Prozesse beeinträchtigen und langfristig sogar die gesellschaftliche Kohäsion bedrohen. Die im Sturm auf das Kapitol mündende Zerstörung des demokratischen Grundkonsenses in der USA, die durch Allianzen zwischen republikanischen Politikern, Vertretern von multinationalen Großkonzernen und rechtsextremistischen Demagogen vorbereitet wurde, bildet leider nur ein Beispiel unter vielen für die drohende, gewaltfördernde Erosion demokratischer Systeme. Charakteristisch scheint z. B. dass Peter Thiel, erklärter Sozialdarwinist in der Tradition von Ayn Rand und jetziger Chef von Ex-Kanzler Sebastian Kurz, erklärt "I no longer think that freedom and democracy are compatible" und dafür eintritt, sozial regulierte Marktwirtschaften durch einen Monopolkapitalismus zu ersetzen, deren Tycoons in wahrer „Freiheit“ die Geschicke der Gesellschaft bestimmen sollen (Purdy, 2016). Aber auch der Beitrag zum Niedergang der Demokratie von politisch-wirtschaftlichen Machtkomplexen in anderen Ländern wie z. B. der Russischen Föderation, Brasilien oder Ungarn wäre zu analysieren.

Aus der Frage nach den Ursachen von Postdemokratie folgt eine zweite, um die es in diesem Beitrag in einem spezifischen Ausschnitt gehen soll: Mittels welcher Veränderungen im politisch-wirtschaftlichen System kapitalistischer Marktwirtschaften könnte den international zu beobachtenden postdemokratischen Entwicklungen möglicherweise begegnet werden? Im Rahmen dieses kurzen Artikels kann diese epochale Frage nicht umfassend behandelt werden. Ausgehend von einem österreichischen Versuch der *Wirtschaftsdemokratie* in der jüngeren Vergangenheit sollen, überblicksartig, jedoch ein paar Anhaltspunkte gegeben werden.

## 2. Wirtschaftsdemokratische Politikprojekte in Österreich

### 2.1 Das historische wirtschaftsdemokratische Projekt: Vergesellschaftung und Gemeinwirtschaftliche Anstalten

Der sozialdemokratische Minister der damaligen Koalitionsregierung, Otto Bauer, entwickelte 1919 ein Sozialisierungskonzept, das ein Stück weit eine historisch frühe Alternative zur konventionellen zentralistischen Verstaatlichungspolitik bot. Das damalige Konzept der sogenannten austromarxistischen Sozialdemokraten wurde zwar durch die konservativen Koalitionspartner und gegnerische Parlamentsparteien stark verwässert. Es führte immerhin zum Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes, das trotz seiner Verwässerung als „Gesetz über das Verfahren bei der Enteignung von Wirtschaftsbetrieben“, das am 30. Mai 1919 durch das österreichische Parlament beschlossen wurde, auch heute noch Anregungen für eine soziale Mischwirtschaft enthält. Aus dem umfassenden sozialdemokratischen Programm zum Aufbau von Wirtschaftsdemokratie in der 1. Republik resultierte in den 1920er Jahren schließlich, neben der Einrichtung von Betriebsräten und Arbeiterkammern, eine Enteignung ehemaliger kaiserlicher Unternehmen und ihre Überführung in demokratisch strukturierte Gemeinwirtschaftliche Anstalten (siehe, auch im Folgenden: Lehner, 2010 und Weissel, 1976).

In diesen *gemeinwirtschaftlichen Anstalten (GWA)* wurde eine repräsentative Form der Demokratie im Unternehmen verwirklicht. Es entstanden die folgenden demokratischen (meist) Großunternehmungen, die sich in weitere angegliederte Betriebe bzw. Beteiligungen an weiteren Betrieben unterteilten und insgesamt einige tausend Arbeitende beschäftigten:

1. Steirische Fahrzeugwerke
2. Fischamender Industrierwerke
3. Österreichische Heilmittelstelle (Pharmazeutische Produktion, Mineralwasser)
4. Vereinigte Leder- und Schuhfabriken
5. Wasserkraftwerk Blumau
6. Österreichische Werke (Produktion von Werkzeugmaschinen, Möbeln, Pflügen)
7. Holzmarkt GWA
8. Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffanstalt (GESIBA)

Die demokratische Struktur der GWA gliederte sich wie folgt (Weissel, 1976):

- Anstaltsversammlung (= Generalversammlung: trifft bestimmte strategische Entscheidungen)
- gewählter Überwachungsausschuss (finanzielle Kontrollrechte)
- gewählte Geschäftsleitung
- Gewinnbeteiligung der Arbeitenden

Eigenumsstruktur: Am Unternehmenskapital beteiligt waren:

- Staat, Bundesländer, Städte
- Genossenschaften (Konsum, Landwirtschaft)
- Krankenanstaltenfonds
- die Belegschaftsmitglieder
- Obligationen, d.h. die Öffentlichkeit (Gläubiger)

Die Geschichte dieser Großexperimente mit betrieblicher Demokratie und Gemeinschaftseigentum entwickelte sich sehr turbulent und wechselhaft. Zunächst zeichnete sich ein unerwarteter wirtschaftlicher Aufschwung ab, der laut Weissel (1976) den zuerst günstigen Ausgangsbedingungen unmittelbar in der Nachkriegszeit geschuldet war. Im Lauf der Jahre gerieten dann die meisten GWA in wirtschaftliche Schwierigkeiten, die entweder zu ihrer Auflösung oder zu Ihrer Umwandlung in vollständig kommunale oder privatwirtschaftliche Betriebe führte. 1919 gegründet, waren bis 1926 sieben GWA insolvent. Die "Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffanstalt" (GESIBA) existierte aufgrund ihrer sehr guten Vernetzung als Lieferant für ein großes gewerkschaftseigenes Bauunternehmen wesentlich länger. Sie findet sich in Wien sogar noch heute als Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft. Gründe für den Niedergang der GWA waren insbesondere

- das ungünstige innenpolitische Klima (nachhaltige Angriffe konservativer und besonders deutsch-nationalistischer Kreise)
- der antisozialistische außenpolitische Druck durch die Siegermächte und ihre Kapitalakteure
- große Schwierigkeiten, Kredite von privatwirtschaftlichen Banken zu erhalten (eine genossenschaftliche Arbeiterkreditbank wurde durch Karl Renner zu spät konzipiert)

- Ablehnung „sozialistischer Inseln“ durch die großen Genossenschaftsverbände
- widersprüchliche Interessen der an der Leitung der Anstalten beteiligten Arbeitervertreter (kurzfristiges Interesse an gutem Verdienst vs. langfristiges Interesse an nachhaltigen Investitionen)

Das wirtschaftsdemokratische Konzept von Otto Bauer, Rudolf Hilferding, Max Adler und des frühen Karl Renners ließ sich unter dem innen- und außenpolitischen Druck im damaligen Österreich nicht breit verwirklichen. Trotzdem enthielt es in Ansätzen Komponenten einer zu entwickelnden sozialen und ökologischen Transformation der noch vorherrschenden profitfundamentalistischen Wirtschaftsweise. Die Ideen des Kreises um Otto Bauer beeinflussten spätere Modelle einer „sozialistischen Marktwirtschaft“. Dies ist z.B. nachgewiesen für das schwedische Modell der Arbeitnehmerfonds in den 1970er Jahren als Mittel der Produktivkapitalbildung auf Seite der Beschäftigten und ihrer politischen Gemeinden und Regionen. Positiv hervorzuheben ist an den GWA auch die Tatsache, dass neben den Vertretern der Beschäftigten auch regionale Vertreter der Konsumenten und weiterer Interessensgruppen in die Unternehmensleitung einbezogen wurden als frühes historisches Beispiel einer Stakeholder-Demokratie. Es mangelte indessen an der basisdemokratischen Beteiligung der Arbeitenden. Diese wurde erst ein halbes Jahrhundert später in der „betriebsdemokratischen Periode“ realisiert.

## **2.2 Wirtschaftsdemokratische Initiativen unter Bundesminister Alfred Dallinger**

(Unter Mitarbeit von Tamara Weichselbaumer, Fiona Fabry und Luisa Löblein)

Die folgende zeitgeschichtliche Darstellung lehnt sich zunächst zu einem erheblichen Teil an die Schilderungen von Miglbauer (1985) an. Zunächst ein Blick auf die Vorgeschichte demokratischer Betriebe in Österreich. Im Jahre 1946, nach Ende des Zweiten Weltkriegs und der damit einhergehenden Niederschlagung des nazi-faschistischen Herrschafts- und Wirtschaftssystems, wurde in Österreich der „Verband der Arbeitsgenossenschaften“ gegründet, welcher besonders die Errichtung von Produktivgenossenschaften auf Grundlage von enteigneten ehemaligen

deutschen Wirtschaftsbetrieben förderte. Im selben Jahr wurde auch das „Bundesgesetz über Werksgenossenschaften“ verabschiedet. Obwohl auch eine Durchführungsverordnung dazu erlassen wurde, kam das Gesetz, bis auf wenige Ausnahmen, nicht zur Anwendung. Neben der Befürchtung der sozialdemokratischen Partei, das Werksgenossenschaftsgesetz könnte der Aushöhlung damaliger Verstaatlichungspläne, die große Unternehmen betrafen, darstellen, mag auch eine mangelnde Bereitschaft des Großteils der österreichischen Arbeiterschaft zu unternehmerischem Handeln als Mitursache gelten, dass das Werksgenossenschaftsgesetz wenig angewendet wurde. Die einzige Produktivgenossenschaft, die auf diesem Gesetz aufbauend gegründet wurde, war die „Kohlenbergbau Häring GmbH“ in Tirol 1946. Die Gründer waren über 100 vom Krieg heimgekehrte Bergleute, welche 1942 ihre Arbeit dort verloren hatten. Nachdem die Kohlevorräte - nach einigen Jahrhunderten des Betriebs - erschöpft waren, musste das Bergwerk im Jahre 1954 geschlossen werden. Als weitere Ausnahme und einziges Beispiel für eine „Sozialisierung von unten“ ist auch die von der Belegschaft übernommene Produktivgenossenschaft Gerätewerk Matrei in Tirol zu nennen, welche ihre Finanzierung in Selbsthilfe gewährleistete, ohne grundlegende Zuhilfenahme staatlicher Förderungen. Diese seit 1948 existierende mittelgroße Produktivgenossenschaft belegt einerseits die Langlebigkeit zahlreicher demokratischer Unternehmen. Andererseits zeigt sie auch eine problematische Entwicklung eines Teils der demokratischen Unternehmen auf, nämlich eine sogenannte „konstitutionelle Degenerationstendenz“, dadurch gekennzeichnet, dass der Anteil derjenigen Belegschaftsmitglieder, die auch Mitglied in der Genossenschaft sind, nach und nach sinkt, so dass schließlich nur eine Minderheit der dort Arbeitenden Mitbestimmungsrechte und Kapitalanteile des Unternehmens besitzt (siehe den internationalen Forschungsüberblick zur Degenerations- versus Regenerationsproblematik von Unterrainer et al. 2022).

Später trugen die antiautoritären Ideen der 1968er Bewegung und der Wandel in der politischen Kultur, den sie auslösten, mit zur Diskussion über die demokratische Selbstverwaltung in österreichischen Unternehmen bei. Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre wurden hoch kooperative Kleinbetriebe wie das „Werkhaus-Kollektiv“ (Töpferei, Buchbinderei) sowie die Druckereibetriebe „Die Brücke“ und „Falter“ gegründet, welche alle die Reduzierung der Fremdbestimmung im Arbeitsprozess als Gründungsziel



gemeinsam hatten. Zuvor blieb die frühere Arbeiterselbstverwaltung<sup>2</sup> in der wirtschaftspolitischen Diskussion lange Zeit unbeachtet. Einen Grund dafür könnte die geringe historische Bedeutung selbstverwalteter Produktivgenossenschaften in Österreich, insbesondere gegenüber der praktischen Bedeutung von Konsum- und ländlichen Genossenschaften, darstellen (Weissel, 1970). Produktivgenossenschaftliche Unternehmen wurden, im Gegensatz zu Letzteren, weder von der konservativen noch der sozialdemokratischen „Reichshälfte“ oder den Gewerkschaften auf der Führungsebene politisch sonderlich unterstützt - mit einer zukunftsweisenden Ausnahme, auf die gleich einzugehen ist.

Die neuerliche Entstehung demokratisch selbstverwalteter Betriebe der 1980er Jahre geschah in Österreich primär als Antwort auf die steigende Erwerbsarbeitslosigkeit und die damit verbundenen sozialen Probleme sowie die, historisch nur allzu berechtigten, befürchtenden Folgen einer Bedrohung der gesellschaftlichen Kohäsion. Miglbauer (1985) berichtet über eine Untersuchung des „Kreditschutzverbandes von 1870“ von 1981, die ergab, dass in 70 Prozent der Insolvenzen primär Fehler in der Geschäfts- und Betriebsführung zugrunde lagen. Auch Veränderungen in der allgemeinen Einstellung zu Arbeit, der Sinnhaftigkeit von Produkten, der Wunsch nach Selbstverwirklichung in der Arbeit sowie eine gestiegene ökologische Denkweise werden als Gründe für ein Wiederaufkommen des Bedarfs an „alternativen Arbeitsformen“ genannt (siehe hierzu die Studie über die österreichischen selbstverwalteten Betriebe von Paulesich, 1995 und den deutschen Forschungsüberblick von Vilmar & Weber, 2004).

Die neuerliche Welle von demokratischen Betriebsformen in Österreich wurde in den 1980er Jahren wesentlich auch durch die sogenannte „experimentelle Beschäftigungspolitik“ mit ausgelöst, eine politische Strategie, die sich von den herkömmlichen Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik stark unterschied. Ihr in der Öffentlichkeit sehr beachteter Repräsentant Alfred Dallinger war führender österreichischer Gewerkschafter (Vorsitzender der GPA) und von 1980 bis zu seinem Tod 1989 leitete er als

---

<sup>2</sup> Der maskulinisierte Begriff der *Arbeiterselbstverwaltung* bezog sich damals auf unterschiedliche historische Verwirklichungsversuche von Wirtschaftsdemokratie, in denen Frauen durchaus einen gewichtigen Anteil hatten (Anarchosyndikalismus in Spanien, 1936 – 1939, Selbstverwaltungssozialismus in Ex-Jugoslawien, 1950 – 1990, Autogestion in Frankreich in den 1970er Jahren).

SPÖ-Repräsentant das Bundesministerium für Soziale Verwaltung als amtierender Bundesminister für Arbeit und Soziales. Er repräsentiert eine sogar zukunftsweisende Ausnahme in der sozialdemokratischen Politik gegenüber wirtschaftsdemokratischen Versuchen jenseits der gewerkschaftlichen Mitbestimmung im damals noch beträchtlich großen verstaatlichten Teil der Industrie über deren gesellschaftliche Verdienste und Probleme gesondert zu berichten wäre, siehe hierzu Lehner, 1991).

Zu Beginn der 1980er Jahre schuf Alfred Dallinger zusammen mit seinen ministeriellen Stabsmitarbeitern mit Unterstützung von bestimmten Akteuren aus Gewerkschaften (besonders aus der GPA) und von weiteren sozialdemokratischen Politikern wie der Leiterin des SPÖ-Alternativen-Referats, Hildegard Mauerhofer, ein finanzielles Unterstützungsprogramm für von der Belegschaft übernommene bzw. von lokalen Beschäftigungs-(inklusive Erwerbsarbeitslosen-)initiativen gegründete Unternehmen. Minister Dallinger initiierte auch eine spezifische Unternehmensberatung (die Österreichische Studien- und Beratungsgesellschaft) für diese neu gegründeten Betriebe. Dieses Beratungsunternehmen, die damalige Arbeitsmarktverwaltung sowie weitere Institutionen bildeten die Arbeitenden in demokratischen Unternehmen in Hinsicht auf betriebs-wirtschaftliche, fachliche und auch genossenschaftliche Fähigkeiten und Kenntnisse aus. Gerade der letzte Punkt ist sehr wichtig, weil sich ein fehlendes genossenschaftliches und gemeinwesenorientiertes Bewusstsein als einer der Misserfolgsk Faktoren beim Scheitern von demokratischen Unternehmen erwies (siehe den Forschungsüberblick von Unterrainer et al., 2022). Diese Förderungspolitik kennzeichnete eine neuartige, experimentell angelegte Säule, ergänzend zu den traditionellen Säulen der Schaffung von Arbeitsplätzen durch das bisherige Förderungsinstrumentarium sowie die gesamtwirtschaftliche Nachfragesteuerung (Dallinger, 1984). „Revolutionär“ an dieser, auf der 9. Novelle zum Arbeitsmarktförderungsgesetz beruhenden, Maßnahmensäule war, dass organisationale Demokratie in den ministeriellen Veröffentlichungen als Kriterien für die Förderungswürdigkeit genannt wurde und zwar in der Form von „Arbeiterselbstverwaltung“ bzw. „betrieblicher Selbstverwaltung“:

„Entscheidend für alle lokalen Beschäftigungsinitiativen ist, dass eine erweiterte Form der betrieblichen Mitbestimmung bis hin zur Selbstverwaltung ermöglicht sein muss. Das heißt:

- Alle Beschäftigten haben dieselben Rechte bei der Besetzung der verschiedenen betrieblichen Funktionen (pro Kopf eine Stimme), sofern sie auch Mitglied der jeweiligen Gesellschaft sind (Lehrlinge sind z.B. meist noch nicht stimmberechtigt);
- Die Mitglieder entscheiden gemeinsam über die Organisation und über die Bedingungen der Arbeit;
- Die Mitglieder bestimmen die grundsätzliche Unternehmenspolitik (Produktionsprogramm, Investitionen, betriebliche Einkommensverteilung, ...). Die Eigentums- und Verfügungsrechte werden so gestaltet, dass Diejenigen über die Verwendung des eingesetzten Kapitals entscheiden, die im Betrieb mitarbeiten“. (BMSV, 1984, S. 14)

Diese Definition ist weiterhin aktuell, denn sie ist mit der internationalen wissenschaftlichen Konzeptualisierung von Organizational Democracy (Synonym: Workplace Democracy) sehr kompatibel (vergleiche Wegge et al., 2010; Ferreras et al., 2022). Zusammengenommen mit weiteren politischen Leistungen (z. B. Reform des Arbeitsverfassungsgesetzes und Dallingers 29-Punkte-Katalog für mehr Mitbestimmung in der Wirtschaft; siehe Fadler, 2014) und nicht realisierten programmatischen Zielen (z. B. Wertschöpfungsabgabe von Großunternehmen und Konzernen, Garantiertes Grundeinkommen für alle Bürger) der Dallinger-Reformen wird für ihre zeithistorische Charakterisierung hier der Ausdruck „betriebsdemokratische Periode“ vorgeschlagen. Es ist uns bewusst, dass dieser relativ und deshalb anfechtbar ist, schließlich gelang in dem besagten Jahrzehnt ja keine umfassende soziale und ökologische Transformation der Wirtschaft. Trotzdem glauben wir, dass dieser Periode eine gewisse historische Vorreiterfunktion für die nun weltweit anstehende ökologisch-soziale Transformation des Wirtschaftssystems zukommen kann. Neben der Schaffung von demokratisch organisierter Erwerbsarbeit und demokratisch strukturierten Unternehmen umfasste Dallingers Reformprogramm nämlich auch Zielbereiche der sozialen Inklusion Benachteiligter und des Umweltschutzes, inklusive der Förderung von Betrieben, die ökologisch sinnvolle Produkte herstellen oder Verfahren der regenerativen Energieerzeugung bzw. des ressourcenschonenden Wirtschaftens entwickeln.

Dieses Programm zielte aber nicht die Gründung von beliebigen Unternehmen an. Es bezog sich auf lokale Beschäftigungsinitiativen, aus denen Unternehmensneugründungen hervorgehen sollten einerseits, und auf Betriebsübernahmen durch die jeweilige Belegschaft, andererseits. Die experimentelle Arbeitsmarktpolitik umfasste zum Einen Betriebe, die in demokratischer Selbstverwaltung der Beschäftigten geführt wurden, auf diese richtet sich die im Folgenden beschriebene Untersuchung. Zum Anderen wurden durch das Dallinger-Programm Sozialprojekte in Selbsthilfe gefördert, nämlich gemeinnützige Einrichtungen, die Beschäftigungsmöglichkeiten für arbeitsmarktmäßig besonders benachteiligt Gruppen schufen. Bei der großen Mehrzahl der im Programm geförderten Unternehmen handelt es sich um Kleinbetriebe und beim Rest um kleinere mittelgroße Unternehmen. Vertreten sind Handwerk und Instandsetzung, kulturelle Dienstleistungen, Kunsthandwerk, landwirtschaftliche Spezialkulturen, Bio-Lebensmittelhandel und naturschützer Fremdenverkehr (BMSV, 1984). Lokale Beschäftigungsinitiativen beabsichtigen naturgemäß, wirtschaftsstrukturell oder sozial benachteiligten Menschen, die in der Regel nicht über unternehmerische Erfahrung verfügen, häufig nicht in den Genuss einer umfassenden formellen Bildung kamen und nur über geringe finanzielle Mittel verfügen, ein geregeltes Einkommen sowie eine menschengerechte Arbeit zu schaffen. Die wirtschaftliche und psychologische Ausgangslage dürfte in zahlreichen Fällen im Vergleich zu nicht demokratisch strukturierten Betrieben ähnlicher Größe in derselben Branche ungünstiger gewesen sein. Dies gilt auch im Vergleich zu den basisdemokratisch strukturierten „Alternativen Betrieben“ (wie sie im Bericht des Ministeriums genannt werden), die von politisch erfahrenen und kommunikativ hoch kompetenten Aktivisten aus sozialen Bewegungen während der betriebsdemokratischen Periode der Dallinger-Reformen gegründet wurden. Daneben entstanden auch viele gesellschaftlich einflussreiche Initiativen und Vereine, deren primäres Ziel in der Schaffung von politischen, kulturellen, künstlerischen oder sozialen Dienstleistungen bestand, die von einem Großteil der Aktivisten *unentgeltlich* erbracht wurde, ergänzt durch wenige (oft geringfügig) bezahlte Angestellte, die notwendige Verwaltungsarbeiten leisteten. Weil es sich dabei nicht um Betriebe der *Erwerbsarbeit* handelt, werden sie in diesem Artikel nicht einbezogen.

In den von uns gesichteten Berichten über die betriebsdemokratische Periode in den 1980-er Jahren sowie auf Basis von strukturierten Interviews mit Repräsentanten aus fünf Betrieben konnten 66 als „selbstverwaltet“ bzw. „demokratisch“ bezeichnete Unternehmen identifiziert werden (siehe BFSV, 1983, 1984; Kurzmann & Sitzwohl, 1985; Miglbauer, 1985). Leider liegen nur zu wenigen von diesen 66 Unternehmen ausführliche firmenspezifische Untersuchungen vor, auf manche fanden wir nur einen knappen Hinweis. Der Forschungsbericht von Paulesich (1995) belegt außerdem, dass nicht alle Unternehmen bei ihrer Gründung ausgeprägte demokratische Entscheidungsstrukturen und –praktiken aufwiesen. Allerdings mussten alle Betriebe (soweit es sich nicht um Sozialprojekte außerhalb der Unternehmensform handelte), die in den Genuss von Fördermaßnahmen im Rahmen der experimentellen Arbeitsmarktpolitik kommen wollten, nachweisen, dass sie den „Aufbau einer demokratischen Organisationsform“ anzielten oder bereits verwirklicht hatten (Annonce der Arbeitsmarktverwaltung in Kurzmann & Sitzwohl, 1985, S. 91). Dies bestätigt auch der Forschungsbericht von Paulesich (1995, S. 128): „Der § 28 (4) c) aa des Arbeitsmarktförderungsgesetzes forderte eine wesentliche und gleichberechtigte Beteiligung der im Betrieb Beschäftigten an der Betriebsführung. Der Fördervertrag verpflichtet die Unternehmen zur Regelung einer über das Arbeitsverfassungsgesetz hinausgehenden Mitbestimmung“.

Auch im hinsichtlich des Aufwands sehr begrenzten Rahmen unserer eigenen Recherche (studentische Seminararbeit plus ergänzendes Recherchieren durch den Seminarleiter) war es nicht möglich, von allen (noch existierenden) Unternehmen schriftliche bzw. mündliche Auskünfte über die aktuelle Situation zu erhalten. Die meisten Angaben zu den aufgefundenen 66 Unternehmen wurden den Websites der Unternehmen sowie Publikationen entnommen. Nur in fünf Fällen wurden strukturierte Interviews mit je einem Unternehmensmitglied geführt. Die betriebsbezogenen Angaben unserer Auswertung erfolgen deshalb insgesamt ohne Gewähr.

Ungefähr *die Hälfte* der kurz vor bzw. während der betriebsdemokratischen Periode der 1980-er Jahre gegründeten „Selbstverwaltungsunternehmen“ wirtschaften 2022 weiterhin. Selbst nach circa 35 Jahren oder einigen Jahren mehr scheinen von den aufgefundenen 66 Fällen gemäß unserer Dokumentenanalyse bzw. Expertenauskünften heute immerhin noch

*elf* Betriebe zu existieren, die eine *demokratische Organisationsform aufweisen* und damit eine „erweiterte Form der betrieblichen Mitbestimmung bis hin zur Selbstverwaltung“ (BMSV, 1984, S. 14) im Sinne des damaligen Förderprogramms aufweisen. Es handelt sich dabei um den Buchvertrieb Entwicklungspolitik – Südwind (Wien), Cooperative Fahr-Rad (Wien), Edition Löwenzahn (Verlag, Innsbruck), FrauenCafé Finte (Wien, entstanden aus der Frauenzimmer Buchhandels GmbH), GeLa Ochsenherz Gärtnerhof (Gänserndorf), Gerätewerk Matrie Gen. m. b. H (Matrie a. Br.), Longo Mai – Hof Stopor (Eisenkappel), Maldek Malerei & Dekoration Gen. m. b. H. (Wien), MSB MikroComputer Software Handels GmbH. (Wien), Umweltberatung (Wien; Koordination von Umweltberatungsstellen), und das WUK Werkstätten- und Kulturhaus in Wien, welches mehrere demokratischen Kleinunternehmen (z. B. Freie Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen) und selbstverwaltete Kulturorganisationen aufweist (außer dem inzwischen durch einen Einzelunternehmer betriebenen WUK-Beisl).

Bei *acht* weiteren Unternehmen finden sich zwar Hinweise auf kooperative Führungspraktiken in den gesichteten Dokumenten, es geht aus ihnen aber nicht hervor, *ob eine demokratische Selbstverwaltung vorliegt*. Dies sind: a.punkt Buchhandlung (Wien; hervorgegangen aus Buchhandlung Brigitte Hermann GmbH), Chico Hängematten (Öpping), Medienwerkstatt Wien (Audiovisuelles Ausbildungszentrum), SCAN CARGO GmbH (Spedition, Ex- und Import, Wien), Vehikel (Linz, Kfz- und Ausbildungs-werkstatt), Milena-Verlag (hervorgegangen aus dem Wiener Frauenverlag), Wurzelhof (Kulturverein - Gast und Seminarhaus, Langschlag), Z 6 Streetwork (Innsbruck; hervorgegangen aus dem Z 6 Ess- und Verkaufs-lokal). Die Analyse ergab, dass alle diese sieben Betriebe weiterhin die sozialen, ökologischen bzw. kulturpolitischen Orientierungen ihrer Gründerzeit verfolgen und somit keine „Degeneration“ ihrer Ziele und Werthaltungen stattfand.

Für *zehn* weitere Betriebe finden sich keine Hinweise in den gesichteten Dokumenten, dass sie ihr früheres Organisationsprinzip der demokratischen Selbstverwaltung noch praktizieren, sie verfolgen jedoch ebenfalls weiterhin ihren *sozialen, ökologischen bzw. kulturpolitischen Unternehmenszweck* seit ihrer Gründung: America Latina Boutiquen (Wien), Biotop GmbH. (Wien; Filtersystemen für Naturpools und Schwimmteiche), Falter (Wien;

Wochenzeitung), Filmladen Filmverleih GmbH und Votivkino (Wien), KIZ Royal Kino (Graz), LOCAL Bühne (Freistadt), Steirisches Glaszentrum und Glasmuseum (Bärnbach), Keimling (Bregenz; Naturkostladen), Klangfarbe GmbH (Wien; Musikinstrumente), Waldviertler Schuhwerkstatt GmbH / GEA (Schrems; die GEA strebt die Bildung einer Multi-Stakeholder-Genossenschaft an). Für die Mehrzahl dieser Unternehmen ist eine kommunikative, stark beschäftigtenorientierte Führungspraxis kennzeichnend, wie die Dokumentenanalyse bzw. Interviews ergaben.

Vier weitere Betriebe, die ehemals demokratisch selbstverwaltet waren, sind dies gemäß vorliegenden Informationen nicht mehr und verfolgen *primär betriebswirtschaftliche Ziele*, soweit erkennbar: Keramik Polzer (Hüttenberg; ging aus Art Carinthia hervor), Heidenreichsteiner Textilwaren, Graf Baugeräte GmbH (Kapfenberg), Vertiko Gebrauchtmöbelhandel (Wien).

Die andere Hälfte der Mitte der 1970er- und während der 1980er Jahre gegründeten „Selbstverwaltungsunternehmen“ scheinen heute *nicht mehr zu existieren*: Für 24 Betriebe konnten keinerlei Informationen auf dem Internet gefunden werden (was im Einzelfall nicht unbedingt ihre Nichtexistenz anzeigt), für *acht* Unternehmen fanden sich Belege, dass sie nicht mehr tätig sind. Die Mehrzahl der nicht mehr auffindbaren Betriebe entstammt der Holzbearbeitung, dem Buchhandel oder der Erzeugung und dem Handel von Produkten aus dem biologischen Anbau. Unter den größeren nicht mehr existierenden demokratischen Unternehmen befindet sich auch die Frilla Leuchten GmbH (Unter Tullnerbach; mit circa 100 Beschäftigten das damals Größte), die Möbel Industrie Design (Imst), die Remaprint Druck- und Verlagsgesellschaft (Wien) sowie die Waldviertler Holzwerkstatt (Göpfritz a. d. W.).

Somit haben seit der betriebsdemokratischen Periode unter Bundesminister Alfons Dallinger mindestens 29 von 66 dokumentarisch aufgefundenen Unternehmen bis heute überlebt, die weiterhin ihren jeweiligen sozialen, politischen oder kulturellen Unternehmenszweck im Sinne des Gemeinwohls verfolgen. Sie unterliegen deshalb keiner – häufig von Sozial- oder Wirtschaftswissenschaftlern – prognostizierten „Degeneration“ ihrer Ziele und Werte (siehe hierzu Unterrainer et al., 2022), allerdings gaben mindestens 10 davon ihre selbstverwaltete Struktur auf, mindestens 11 behielten betriebliche Demokratie bei. Insgesamt darf dies als längerfristiger wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Erfolg des

damaligen Reformprogramms bewertet werden. Die in den 1990er Jahren von Paulesich (1995) durchgeführte Untersuchung einiger dieser Betriebe erbrachte, dass 16 Unternehmen noch demokratische Entscheidungen praktizierten, während in 11 Betrieben inzwischen die Entscheidungskompetenz auf einzelne bzw. auf eine Kerngruppe von Personen beschränkt war.

Dass 11 Unternehmen, gemäß der vorliegenden Informationen, seit dreieinhalb bis vier Jahrzehnten eine demokratische Entscheidungsstruktur aufweisen, ist, auch im internationalen Vergleich beachtlich: In einem systematischen Forschungsüberblick über demokratische Unternehmen von Unterrainer et al. (2022) konnten empirische Fallstudien über 39 Unternehmen identifiziert werden, die zum Zeitpunkt der jeweiligen Studie im Durchschnitt seit 21,3 Jahren ihre demokratische Struktur aufrechterhielten. Weitere acht Betriebe, die im Durchschnitt vor 16,8 Jahren eine demokratische Entscheidungsorganisation begründet hatten, konnten diese nach degenerativen Tendenzen wieder herstellen. Insgesamt sieben Unternehmen wandelten nach durchschnittlich maximal 17,7 Jahren zum Studienzeitpunkt ihre demokratische Struktur in eine nicht demokratische, stark hierarchisch geprägte Struktur um („volle Degeneration“) und 20 Betriebe zeigten nach maximal 24,2 Jahren degenerative Tendenzen der Demokratie oder der Wertorientierungen. Auch wenn die Erhebungsmethoden der hier vorgelegten österreichischen Studie und des – methodisch weitaus tiefer gehenden – genannten systematischen Forschungsüberblicks nicht identisch sind, so fällt doch auf, dass demokratische Selbstverwaltung wahrscheinlich in weniger österreichischen Unternehmen als in Betrieben in anderen europäischen Ländern überlebt hat. Dies mag unterschiedliche Ursachen haben und wäre auch genauer zu recherchieren. Ein Grund besteht jedoch sehr wahrscheinlich in einem Wandel des politischen Klimas: Durch dem tragischen Unfalltod von Minister Dallingier verloren die selbstverwalteten Betriebe nach und nach die finanzielle und ideelle Unterstützung durch die damalige Bundesregierung und Teile der sozialdemokratischen Partei. Nach Regierungsantritt der konservativen bzw. rechtspopulistisch beeinflussten ÖVP-FPÖ- bzw. ÖVP-BZÖ-Regierungen verstärkte sich dieser Trend zwischen 2000 und 2007 (auch wenn das >node< research program während dieser Periode eine nennenswerte positive Ausnahme bildete).



### 3. Was bleibt? Ein Ausblick

Zuallererst, nach der betriebsdemokratischen Periode der 1980er Jahre sind wieder neue demokratische Unternehmen, häufig in Kopplung mit solidarisch-ökonomischen Zielen (siehe hierzu Exner, 2021) entstanden. Zum einen folgen einige der österreichischen Unternehmen, die sich in den letzten 15 Jahren der Gemeinwohlökonomie (Felber, 2014; siehe auch <https://austria.ecogood.org/unternehmen/>) angeschlossen haben, demokratischen Prinzipien. Für viele der weltweit inzwischen 1012 Unternehmen der Gemeinwohlökonomie (Stand: Dezember 2022) liegen ausführlich dokumentierte Gemeinwohlbilanzen im Internet vor, die neben deren Ausmaß an organisationaler Demokratie auch deren Leistungen hinsichtlich der vier weiteren Kriterien „Menschenwürde“, „Solidarität“, „ökologische Nachhaltigkeit“ und „soziale Gerechtigkeit“ schildern. Die selbstverwalteten Unternehmen haben während der betriebsdemokratischen Periode und danach ein nicht zu unterschätzendes wirtschaftliches Feld und politisches Klima dafür vorbereitet, dass die Bewegung für Gemeinwohlökonomie entstand.

Einen mindestens ebenso starken Einfluss übte die betriebsdemokratische Periode wohl auch auf die Bewegung für Solidarische Ökonomie in Österreich aus: Neben demokratischen (Erwerbsarbeits-)unternehmen umfasst diese auch „solidarische Wohnformen und -projekte, Kommunen, Unternehmungen mit sozialer Zielsetzung, Tauschringe, Regionalwährungen, Frauenräume und feministische Projekte, Umsonstläden, alternative Finanzierungseinrichtungen, fairer Handel, solidarische und interkulturelle Gärten, Volkküchen, landwirtschaftliche Direktvermarktung, Ökodörfer, OpenSource, alternative Bildungseinrichtungen, Wissensallmende, Grundeinkommensinitiativen, Reproduktionsgenossenschaften, Wohnwagenprojekte“ (<https://www.solidarische-oekonomie.at/index.php/de/>)

Diese zahlreichen neueren Unternehmen im Einzelnen zu recherchieren, hätte den Rahmen unseres kleinen Projektes gesprengt. Wir sind jedoch optimistisch, dass dies aufgrund ihrer Vorreiterrolle für die dringend anstehende ökologisch-soziale Transformation der Wirtschaftsweise bald von Seiten der Wissenschaft oder Politik nachgeholt werden wird, zumal die EU inzwischen ein Aktionsprogramm „Social Economy“ vorgelegt hat.

Vor dem Hintergrund der eingangs angedeuteten internationalen politischen Zustände, der globalen Klimakrise sowie der Erkenntnisse der

organisationalen Demokratieforschung lässt sich die These durchaus vertreten, dass auch die heutige Bundesregierung sowie Alfred Dallingers heutige sozialdemokratische Partei gut daran täten, den zu Beginn dokumentierten programmatischen Worten des ehemaligen Bundesministers Alfred Dallinger wieder zu folgen. Die gilt auch für andere Parteien im deutschsprachigen Raum, die einst in ihren Programmen dem Aufbau von Wirtschaftsdemokratie und der Förderung von solidarisch-ökonomischen und demokratischen Unternehmen einen hohen Stellenwert einräumten.

### Literatur

- Dallinger, A. (1983). Vorwort. In BMSV (Bundesministerium für Soziale Verwaltung) (Hrsg.), *Betriebliche Selbstverwaltung in Österreich* (Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Nr. 3, S. 7-8). Wien: Bundesministerium für soziale Verwaltung.
- Dallinger, A. (1984). Vorwort. In BMSV (Bundesministerium für Soziale Verwaltung) (1984). *Lokale Beschäftigungsinitiativen in Österreich* (Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik Nr.6, S. 3-4). Wien: Bundesministerium für soziale Verwaltung.
- Fadler, A. (2014). *Der Zukunft verpflichtet. Im Gedenken an den Visionär Alfred Dallinger* (inkl. DVD). Wien: ÖGB Verlag.
- Exner, A. (2021). *Ökonomien der Gabe. Frühsozialismus, Katholische Soziallehre und Solidarisches Wirtschaften*. Wien: Mandelbaum.
- Felber, C. (2014). *Gemeinwohl-Ökonomie* (aktualis. u. erw. Neuausg.). Wien: Deuticke.
- Ferreras, I., Battilana, J., & Méda, D. (Eds.) (2022). *Democratize Work. The Case for Reorganizing the Economy*. Chicago: University of Chicago Press.
- Kurzmann, D. & Sitzwohl, P. (1985). *Lebenszeichen - Initiativen aus dem Waldviertel*. Gföhl: Waldviertler Bildungs- und Wirtschaftsinitiative BWI. [https://www.argerosebauerwald.at/upload/1927756\\_lebenszeichen2.pdf](https://www.argerosebauerwald.at/upload/1927756_lebenszeichen2.pdf)
- Lehner, P.U. (1991). Mitbestimmung in Österreich. Geschichtliche Entwicklungen und Schwerpunkte. In H. Diefenbacher & H.G. Nutzinger, H.G. (Hrsg.), *Mitbestimmung in Europa - Erfahrungen und Perspektiven in Deutschland, der Schweiz und Österreich* (S.57-104). Heidelberg: Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft.
- Lehner, P.U. (2010). „Wirtschaftliche Selbstverwaltung des ganzen Volkes“. Zu den wirtschaftsdemokratischen Entwürfen Otto Bauers. In P. Amon und St. I. Teichgräber (Hrsg.), *Otto Bauer. Zur Aktualität des Austromarxismus* (S. 85-125). Frankfurt/M.: Peter Lang.
- Martinek, O., Maier, H., Schultheis, G. & Weidenholzer, J. (Hrsg.) (1986). *Sozialpolitik und Sozialplanung: Festschrift für Alfred Dallinger zum 60. Geburtstag*. Wien: Europa-Verlag.
- Paulesich, R. (1995). *Kooperative Unternehmensgründungen* (Forschungsbericht). Wien: Wirtschaftsuniversität, Interdisziplinäres Institut für Umwelt und Wirtschaft.
- Purdy, J. (2016). The Anti-Democratic Worldview of Steve Bannon and Peter Thiel. <https://www.politico.com/magazine/story/2016/11/donald-trump-steve-bannon-peter-thiel-214490/>

- Unterrainer, C., Weber, W. G., Höge, T. & Hornung, S. (2022). Organizational and psychological features of successful democratic enterprises: A systematic review of qualitative research. *Frontiers in Psychology*, 13: 947559. doi: 10.3389/fpsyg.2022.947559  
< Direkt-Link: <https://www.frontiersin.org/articles/10.3389/fpsyg.2022.947559/full> >
- Vilmar, F. & Weber, W. G. (2004). Demokratisierung und Humanisierung der Arbeit ein Überblick. In W. G. Weber, P.-P. Pasqualoni & C. Burtscher (Hrsg.), *Wirtschaft, Demokratie und Soziale Verantwortung* (S.105-143). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Weissel, E. (1976). *Die Ohnmacht des Sieges. Arbeiterschaft und Sozialisierung nach dem ersten Weltkrieg in Österreich*. Wien: Europaverlag.



#### Anschrift des Autors

Univ.-Prof. i. R. Dr. Wolfgang G. Weber  
 Institut für Psychologie  
 Universität Innsbruck  
 Universitätsstraße 15  
 A-6020 Innsbruck  
[wolfgang.weber@uibk.ac.at](mailto:wolfgang.weber@uibk.ac.at)

*Prof. Dr. Wolfgang G. Weber ist Redaktionsberater der „Zeitschrift für Sozialpsychologie und Gruppendynamik, Anm. der Redaktion  
 Seit Oktober 2000 Univ.-Professor für Angewandte Psychologie der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck  
 Dezember 2000 bis Herbst 2004 Vizestudiendekan für den Fachbereich Psychologie  
 1996 bis 2000 Gastprofessuren an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck sowie Vertretungsprofessuren an der Universität Konstanz  
 Ab 1992 Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter (ab 1996 als Oberassistent) am Institut für Arbeitspsychologie der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich  
 1985 bis 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter in mehreren Forschungsvorhaben im damaligen Forschungsprogramm "Humanisierung des Arbeitslebens" am Institut für Humanwissenschaft in Arbeit und Ausbildung der Technischen Universität Berlin.*